



Dr. Bernd Fabritius
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gastvortrag Dr. Bernd Fabritius MdB, Präsident des BdV
Wie viele kommen noch? Aktuelles zur Flüchtlingspolitik
Neujahrsempfang der CSU Weilheim
Datum: 22.01.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dobrindt, lieber Alexander, lieber Herr Kollege aus dem Bayerischen Landtag, Harald Kühn, geehrte Frau Landrätin Jochner-Weiß, liebe Andrea, sehr geehrter Herr Ortsvorsitzender Dittmann,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Freunde der CSU,

ich darf Ihnen einleitend **alles Gute für ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016** wünschen, auch wenn das NEUE JAHR gefühlt so neu gar nicht mehr ist...

Ihrer Einladung nach Weilheim bin ich ganz besonders gerne gefolgt und überbringe auch die **besten Grüße des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen.**

In wenigen Tagen jährt sich die Ankunft der ersten Heimatvertriebenen in Weilheim zum 70. Mal.

Als am 10. März 1946 gegen 19 Uhr die ersten 417 Männer, Frauen und Kinder in Güter- und Viehwaggons in Weilheim ankamen und in der Hochlandhalle mit Essen und Trinken versorgt wurden und erstes Dach über dem Kopf in der „neuen Heimat“ bekamen, hätte niemand gedacht, welche Entwicklung gerade Bayern mit und Dank der deutschen Heimatvertriebenen nehmen würde.

Die vielen deutschen Heimatvertriebenen haben sich bestens integriert, sie haben die Ärmel hochgekrempelet und mit angepackt und sind heute – wie schon Franz Josef Strauß feststellte – neben den Altbayern, den Franken und Schwaben der „vierte Stamm in Bayern“. Horst Seehofer hat – das sage ich heute ganz besonders gerne, weil auch Landsleute, Siebenbürger Sachsen, unter uns sind – uns, die deutschen Spätaussiedler, als den fünften Stamm bezeichnet und dann treffend festgestellt: Ja, Bayern ist ein „Fünf-Sterne-Land“! Recht hat er, der Horst Seehofer! Das war, ist und bleibt eine einmalige Erfolgsgeschichte.

Es hätte vor 70 Jahren auch niemand gedacht, vor welchen Herausforderungen wir heute wieder stehen werden.

Es gehört daher zu den Aufgaben aller Landsmannschaften und aller BdV-Gliederungen, auch das Gedenken an das Unrecht der Vertreibungen nach dem 2. Weltkrieg zu pflegen.

Wir – und damit meine ich nicht nur die Vertriebenen und deren Nachkommen, sondern die gesamtdeutsche Bevölkerung, deren Aufgabe dieses Gedenken ist – dürfen niemals aufhören, uns für eine **nachhaltige Erinnerungskultur** einzusetzen.

Sowohl zur Mahnung an kommende Generationen als auch aus Achtung vor den Opfern aus unseren Reihen ist es notwendig, endlich einen unumstrittenen, angemessenen und würdigen Rahmen für diesen Teil unserer Kollektiverinnerung zu definieren. Es handelt sich um einen wesentlichen Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte, diese Feststellung so und nicht anders in unsere Gesellschaft hinein zu reflektieren bleibt unsere gemeinsame Aufgabe!

Niemand, kein Vertriebener, kein Spätaussiedler erkennt die Lage. Jedem von uns ist klar, dass Deutschland in diesen Tagen, Wochen und Monaten mit Problemen der Zukunft beschäftigt ist.

Und wie wir diese Probleme lösen, muss nach den jüngsten Ereignissen überdacht werden.

Nach den Anschlägen in Paris und Istanbul merken wir, wie der Terror des IS immer näher an uns heranrückt. Ferner kann und darf man nach den unglaublichen Ereignissen zu Sylwester in Köln nicht wieder einfach zum Alltag übergehen.

Realitäten muss man erkennen, richtig bewerten und richtig reagieren. Grundlage dafür sollte immer auch – und im Besonderen - die eigene Erfahrung sein.

Gerade deshalb muss aber klargestellt werden, dass Politik zur Verhinderung von Flucht und Vertreibung sehr viel mit unseren Themen zu tun hat, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen kann und muss – und dass es sich um Themen handelt, die leider! zeitlos sind.

Für 2016 hat der Bund der Vertriebenen das Motto „Identität schützen – Menschenrechte wahren!“ gewählt. Selten war in der gesamten 65-jährigen Geschichte des Tags der Heimat ein Jahresleitwort aktueller als dieses.

Der BdV hat sich zur aktuellen Flüchtlingskatastrophe von Beginn an klar positioniert. Einige unserer Positionen sind angegriffen worden, bei anderen wurden Umdeutungsversuche unternommen, bei wiederum anderen reibt sich die Gesellschaft verwundert die Augen darüber, etwa dass der BdV für Empathie mit Flüchtlingen aus Krisenregionen wirbt.

Ja was denn sonst?! Wer, wenn nicht wir Vertriebene und Spätaussiedler soll das menschliche Leid und die Tragödie von Flucht und Vertreibung denn nachvollziehen können? Ich behaupte sogar, dass die Verwunderung über diese Empathie in manchen Kreisen eher daher rührt, dass verkrustete Voreingenommenheit gegenüber deutschen Heimatvertriebenen und unseren Verband bei dem einen oder anderen Risse bekommt und man neu auch darüber

nachdenkt, was ethnische Säuberungen in und nach dem 2. Weltkrieg angerichtet haben.

Wir erleben in diesen Tagen und Wochen eine humanitäre Flüchtlingskatastrophe unglaublichen Ausmaßes – direkt in unserer Mitte. Kommunen und Länder, die vielen ehrenamtliche Helfer und eine bis an die Grenzen der Belastbarkeit schuftende Verwaltung hetzen den Entwicklungen hinterher.

Der Winter verschafft uns eine vermeintliche Atempause, jedoch das bald bestimmt wiederkommende mildere Klima und die Beruhigung der Meere werden die Flüchtlingskrise in Deutschland weiter verschärfen. Allen Prognosen nach bleibt der Andrang konstant hoch. Im Kriegsland Syrien, aber auch im Irak, in Afghanistan, in Nordafrika und besonders in den primären Zufluchtsregionen im Umfeld der Krisengebiete herrscht eine Art Torschlusspanik: Jeder will schnell noch nach Europa, bevor der Zug abgefahren ist. Die Schleuser haben Hochkonjunktur.

Es gäbe so unglaublich viele Aspekte, die man in diesem Zusammenhang ansprechen möchte. Ich beschränke mich zuerst auf drei Punkte.

Erstens: Die aktuelle Flüchtlingskatastrophe ist eine Schande für diejenigen Staaten in Europa und der Welt, die sich einer Lösung der akuten Notsituation in der notwendigen Solidarität verschließen und so tun, als ob das Problem sie nichts angehe. Ich meine damit auch einige arabische Staaten in der Golfregion, aber ausdrücklich auch einige osteuropäische Staaten ohne diese konkret an den Pranger stellen zu wollen.

Grenzen kontrollieren: **ja**. Menschen ohne Prüfung der Schutzbedürftigkeit und ohne Registrierung (um das eigene Land herum) organisiert nach Deutschland umzuleiten: **klares nein!**

Ich **danke Österreich ausdrücklich** dafür, dass die Zeichen der Zeit erkannt und vor wenigen Tagen Entscheidungen getroffen wurden, endlich wieder staatliche Souveränität an den eigenen Grenzen walten zu lassen und auch eine an der

Leistungsfähigkeit orientierte Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen zu bestimmen!

Zweitens: Schleuser sind keine Gutmenschen, sondern Verbrecher ohne Herzblut und Moral! Sie betreiben ein skrupelloses und kriminelles Geschäft, in dem Menschen nur eine Ware sind. Deren Not und auch instrumentalisierte Signale einer undifferenzierten „Willkommenskultur“ in Deutschland, die es so nicht gibt, sind Teil eines perfiden Geschäftsmodells.

Das ist durch und durch verwerflich und gehört gleichermaßen bekämpft, wie die Flucht- und Vertreibungsursachen selbst.

Wir müssen endlich die richtigen Signale aussenden, damit Menschen, die sich längst aus den Krisengebieten gerettet haben und schon seit Jahren in primären Zufluchtsregionen leben, der Versuchung, nun von dort nach Westeuropa kommen zu müssen, weil Schleuser ihnen hier einen sofortigen Arbeitsplatz, Wohnung und Wohlstand - also Milch und Honig - vorgaukeln, nicht erliegen.

Wir, die Politik, aber auch unsere Medien, müssen endlich REALITÄTEN transportieren.

Drittens: Wir werden zunehmend gezwungen sein, bei der Zahl von über einer Million Flüchtlinge schneller, klarer und wirkungsvoller denn je die Unterscheidung zu treffen, ob jemand um Leib und Leben fürchtet und damit von Deutschland Schutz erwarten darf – oder ob er aus rein wirtschaftlichen Gründen sein eigenes Land verlassen und letztlich auch im Stich gelassen hat! Unser deutsches Asylrecht ist ausschließlich für Schutzbedürftige da. Wer in Deutschland Asyl beantragt, weil er hier arbeiten möchte oder weil ihm die Lebensumstände in seinem eigenen Land nicht gefallen, der wird auf Dauer nicht hier bleiben können. Das ist Missbrauch von Rettungswegen aus persönlichem Interesse, diese Menschen haben keinen Anspruch auf Unterstützung in unserem Land.

Die Gründe dieser Menschen, ihre Heimat zu verlassen, sind oft nachvollziehbar; das bestreitet doch keiner. Niemand verlässt ohne Grund seine Heimat oder seine Familie. Dennoch ist es unerlässlich, dass diejenigen

Menschen, die eine freiwillige Migrationsentscheidung treffen, sich nicht auf unsere Schutzmechanismen für Verfolgte berufen, sondern einen der vielen legalen Einwanderungswege nach Deutschland beschreiten, wenn diese für sie zutreffend sind. Davon gibt es im Aufenthaltsrecht ganze 41 offene Tore, die man gerne nutzen kann, wenn man meint, seiner eigenen Heimat den Rücken kehren zu müssen.

Wichtiger fände ich es, den Bleibe- und Wiederaufbauwillen der Menschen in den betroffenen Gebieten zu stärken und dafür Anreize zu setzen. Das gilt auch für die primären Zufluchtsregionen im Umfeld der Krisengebiete. Es gilt, die Erstaufnahmeländer Türkei, Libanon oder Jordanien zu unterstützen, damit es nicht zu einer Abwanderung von dort kommt. Dort müssen wir vernünftige Bedingungen schaffen. 1000 Kalorien pro Tag und 14 Dollar pro Monat für einen Flüchtling sind selbst dort absolut unzureichend; darin sind wir uns doch einig. Das Problem muss aber von der Staatengemeinschaft menschenrechtskonform vor Ort und eben nicht durch Sekundärmigration nach Deutschland gelöst werden.

Fluchtursachen und Sekundärmigration bekämpfen heißt also: Perspektiven vor Ort schaffen. Die Schaffung eines Zugangs zu Bildung scheint mir ein Schlüssel für den Erfolg dieses Unterfangens zu sein.

Wie sollen denn Fluchtursachen bekämpft werden, ohne den Grundstein für ein einigermaßen erfolgreiches selbstbestimmtes Leben ganzer Generationen in oder nahe der Heimat zu legen? Wie soll verhindert werden, dass Islamisten das Bildungsvakuum nutzen, um ihre menschenverachtende Ideologie in die Köpfe der Jugend zu pflanzen und so immer wieder von neuem Flucht und Vertreibung durch Terror und Gewalt auszulösen?

Wichtig ist mir bei alledem klarzustellen, dass wir auch weiterhin mit besonderer Empathie an der Seite der Menschen stehen, die schutzbedürftig sind. Wer um sein Leben fürchtet, muss bei uns Schutz finden können, weil dieses unserem christlichen Menschenbild entspricht.

Wer unsere Werte ablehnt, wer kriminell handelt, wer sich nicht integrieren will – der muss Deutschland wieder verlassen.

Ereignisse wie zu Sylvester in Köln dürfen sich nicht wiederholen!

Menschen die unsere Gastfreundschaft genießen, müssen unseren Wertekosens, der sich im Grundrechtekatalog unseres Grundgesetzes spiegelt, übernehmen und als Maßstab für eigenes Tun akzeptieren. Das gilt selbst dann, wenn dieses im Widerspruch zu eigener Sozialisation steht:

Wem von Kindesbeinen an ein anderes Rollenbild der Frau vorgelebt wurde, wer in Gesellschaften aufgewachsen ist, in denen Diskriminierung zur Staatsräson gehört, wird sich sicher schwer tun, unsere Überzeugungen von Gleichberechtigung und unteilbarer Menschenwürde zu verinnerlichen. Dieses ist aber unerlässlich, wenn diese Menschen mit uns und nicht neben uns leben wollen.

Lassen Sie mich noch etwas zu Vergleichen sagen: erst vor wenigen Tagen hat der Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg, der dortige Wirtschaftsminister Nils Schmidt, gesagt, Deutschland habe schon einmal die deutschen Heimatvertriebenen integriert, wir würden daher auch die aktuelle Herausforderung schaffen. Derartige

Rückschlüsse, meine Damen und Herren, sind nicht nur schrecklich oberflächlich, sie sind gefährlich falsch!

Es ist mir wichtig, klar und deutlich herauszustellen, dass eine Vergleichbarkeit der Flüchtlingsproblematik von heute und daraus erwachsende Integrationsherausforderungen mit Flucht und Vertreibung der Deutschen vor 70 Jahren und deren Aufnahme nicht gegeben ist.

Die deutschen Heimatvertriebenen wissen zwar, wie es ist, durch Flucht und Vertreibung die Heimat zu verlieren. Auch sie wurden nach dem Krieg von vielen hier als fremd und als Belastung wahrgenommen. Sie kamen jedoch aus demselben Kulturkreis – genaugenommen waren Ostpreußen, Pommern oder Schlesier sogar Binnenvertriebene im eigenen Land –, sie sprachen selbstverständlich dieselbe Sprache, hatten meist den gleichen christlichen Glauben und lebten die gleichen Werte.

Heute hingegen kommen alle Flüchtlinge aus völlig anderen Kulturen. Nicht nur für sie ist es schwerer, sich in unser Land zu integrieren, sondern auch für uns, die

aufnehmende Gesellschaft, ist die Herausforderung wesentlich größer und in der aktuellen Entwicklung nicht zu bewältigen.

Wir müssen daher den Zuzug nach unserer Leistungsfähigkeit begrenzen! Es geht mir dabei primär gar nicht um die Frage, wie viele Menschen wir unterbringen und ernähren können, denn Deutschland ist ein wohlhabendes, gut organisiertes und hilfsbereites Land.

Es geht mir darum, wie viele Flüchtlinge wir aufnehmen können, ohne das Wesen unserer Gesellschaft in eine Richtung zu verändern, die wir nicht wollen.

Ich meine damit sowohl den Zuzug von Fremdem, genau so wie Veränderungen im Inneren unserer Gesellschaft, die wir nicht wollen. Rechtsradikalismus benötigen wir genau so wenig, wie linke Spinner – oder islamistisch-religiös motivierte Ausschreiter. In dieser Bewertung, meine Damen und Herren, bin ich mir übrigens mit allen Kollegen im BdV und auch mit der großen Mehrzahl der friedlich in Deutschland lebenden Muslime, die solche Ausfälle genau so verurteilen wie wir, absolut einig.

Verallgemeinerungen und Kollektivschuld waren 1945 und 1946 falsch und sie sind es bis heute! Deutsche Heimatvertriebene wollen nicht, dass Ihnen andauernd die Greuel des Naziterrors um die Ohren gehauen werden, genau so wenig wollen es aber zu Recht die friedlich in Deutschland lebenden Muslime, dass diesen die Verbrechen des IS-Terrors oder salafistische Spinnereien in Deutschland kollektiv vorgeworfen werden.

Ich bin mir trotz der geboten Differenzierung aber sicher, dass kein Land, keine Gesellschaft, so viele Fremde in so kurzer Zeit integrieren kann. Im letzten Jahr sind bereits über eine Million Fremde zu uns gekommen. In den wenigen Tagen seit Jahresbeginn sind laut aktuellen Zahlen bereits wieder über 50.000 neue Asylbewerber von den Behörden registriert worden. Man braucht das gar nicht hochrechnen, um zu der Erkenntnis zu kommen: **So geht es nicht weiter!** Auch wir brauchen – wie Österreich, wie Schweden – eine **klare Begrenzung**.

Die von uns genannte Zahl von 200.000 Menschen, die wir gerne aufnehmen, halte ich für großzügig.

Sicher ist diese Zahl nicht mathematisch errechnet. Sie ist soziologisch und politisch gegriffen und widerspiegelt unsere Hilfsbereitschaft und unsere Solidarität.

Lassen Sie mich also zusammenfassen:

„Ja, wir schaffen DAS!“, und hier im Kreise der CSU füge ich an: „Wer, wenn nicht wir!“

Was dieses „DAS“ allerdings ist, in dem populären wie zu Recht hinterfragten Satz, über den alle nachdenken, muss weit mehr sein, als nur die Aufnahme, hier in Deutschland, gerade so als ob alle Menschen nur hier leben könnten und in deren eigenen Ländern „der Letzte das Licht ausmacht“! Es muss eine Lösung der Gesamtsituation geben!

Ich fordere daher:

- eine nachhaltige Bekämpfung der Vertreibungsursachen und der Vertreiber
- europäische Solidarität zur Bewältigung des Leides dennoch vorhandener Opfer von Flucht und Vertreibung

- eine klare Differenzierung zwischen diesen Opfern und denen, die eine selbstgewählte, meist wirtschaftlich begründete Migrationsentscheidung treffen.
- Empathie mit den Menschen, die sich aus Krisengebieten retten müssen und nach einer solidarisch abgestimmten Verteilung bei uns leben werden. Ziel ist eine Integration in unsere Gesellschaft unter Beachtung unseres Wertegefüges und vor allem unseres Grundgesetzes! Geschlechtergleichheit und Nichtdiskriminierung sind nur zwei Beispiele für Werte, die wir nicht preisgeben werden.
- UND ich fordere eine klare Position zum Schutz unseres Wertekanons und unserer Identität, die nicht zur Disposition stehen darf!

Deutschland, ja ganz Europa braucht ein Integrationskonzept, das der Tatsache Rechnung trägt, dass die überwältigende Mehrheit der Schutz suchenden Menschen dieser Tage aus der islamischen Welt kommt, aus Ländern mit anderen Rechts- und Wertesystemen.

Das Alles wirft Fragen auf, zu denen unsere Gesellschaft dringend eine Antwort braucht, und die bieten wir, die bietet die CSU!

Bitte lassen Sie mich nun abschließend noch ein Anliegen ansprechen, das mir sehr wichtig ist: ich möchte DANKE sagen!

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, heute bei Ihnen zu Gast zu sein.

Ihr aller Engagement in der CSU und Ihr Bekenntnis zu den Werten unserer Gesellschaft sind eine unverzichtbare, ja unabdingbare Voraussetzung, wenn wir gemeinsam in Bayern, in Deutschland und in Europa etwas erreichen wollen. Ohne Ihre stetige Arbeit wären sicherlich auch viele Themenfelder längst von der öffentlichen Agenda verschwunden!

Das Spannungsfeld, das unsere Politik der Gegenwart zu bewältigen hat, spiegelt sich genau in dem eingangs zitierten Motto wieder:

Identität schützen, Menschenrechte achten!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute, ein erfolgreiches und schönes Neues Jahr und ermutige Sie, auch weiterhin für das einzutreten, was unsere Bundesrepublik Deutschland so erfolgreich und Bayern so stark gemacht hat!

Herzlichen Dank!